

Rede

Leonhard K u c k a r t

Stellvertretender Bundesvorsitzender Senioren-Union der CDU Deutschlands

Landesvorsitzender Senioren-Union der CDU Nordrhein-Westfalen



13. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union der CDU Deutschlands
25./26.10.2010, Ruhrfestspielhaus, Recklinghausen

Meine Damen und Herren, liebe Delegierte,

die Gesellschaft der Zukunft ist alt.

Unsere Gesellschaft wird sich revolutionär verändern. Unsere Gesellschaft wird sich radikal verändern.

Es wird nicht mehr so sein, wie es einmal war oder ist.

Und weil diese Entwicklung keine Vorbilder kennt, wird es auch so schwer, uns diese gesellschaftliche Veränderung bewusst zu machen und angemessen politisch zu handeln.

Die Politik steht aufgrund des demografischen Wandels vor großen Herausforderungen. Es geht dabei nicht um die Jahre 2050 und später, sondern bereits um die Jahre 2015 bis 2020.

Das Problem ist nicht, dass wir so viele ältere Menschen haben, sondern dass wir so wenig junge Menschen haben werden.

In Nordrhein-Westfalen gibt es bereits in diesem Jahr, also im Jahre 2010 mehr Menschen über 60 Jahre als unter 20 Jahre.

In Deutschland haben wir im Jahre 2010 schon mehr Menschen, die in Rente gehen, als junge Menschen, die die Schule absolviert haben.

Und weil es so ist, wie es ist, muss auch hinterfragt werden dürfen, ob der bisher gültige Satz „Kinder sind unsere Zukunft.“ noch so voll inhaltlich stimmt.

Sicher, Kinder sind ein Teil unserer Zukunft, aber sie wären überfordert, wenn Sie allein die Zukunft gestalten müssten.

Richtig ist aber, wir, die Älteren sind vielmehr die Zukunft unserer Enkelkinder. Wir sind in Verantwortung. Es sei denn, die Zukunft unserer Gesellschaft ist uns gleichgültig.

Wir brauchen die Union der Generationen, damit unsere Gesellschaft eine gute Zukunft hat. Und wir werden Kraft und Mut gebrauchen, die notwendigen Entscheidungen zu treffen.

Bei dieser Entwicklung werden Erfahrungen immer wichtiger werden. Ursula von der Leyen hat das so ausgedrückt: „Die Jungen laufen zwar schneller, aber die Älteren kennen die Abkürzung.“

Die Gesellschaft der Zukunft ist alt.

Die Senioren werden sich aktiv einbringen müssen. Sie werden gebraucht. Anstatt wohlverdienten Ruhestandes werden in der Zukunft die Ressourcen älterer Menschen besser genutzt werden müssen. Nicht nur ehrenamtlich, sondern auch in nachberuflicher Tätigkeit gegen Entgelt. Und wichtig ist, dass es keine Zwangsverrentung mehr geben darf.

Ich werde im neuen Bundesvorstand der Senioren-Union anregen, dass wir unser Gutachten zur Altersdiskriminierung als Grundlage für politische und gegebenenfalls auch verfassungsgerichtliche Maßnahmen nutzen, um die Zwangsverrentung zu stoppen.

Und weil die Gesellschaft auf die Älteren angewiesen ist, kann und darf es auch nicht die vordringliche Aufgabe sein, einen Generationenwechsel herbeizuführen, sondern es muss die vordringliche Aufgabe sein, die Generationen zusammenzuführen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Delegierte, nun gibt es die weit verbreitete Forderung und auch den Glauben daran, wir könnten unsere Bevölkerungsprobleme durch Einwanderung lösen. Das ist ein Irrglaube.

Im Übrigen verträgt eine Gesellschaft nur ein begrenztes Maß an Zuwanderung.

Maßstab für Zuwanderung muss sein, dass diese Zuwanderung im deutschen Interesse liegt. In wessen Interesse sonst?

Zuwanderer müssen sich glücklich schätzen, weil sie in ein Land kommen, mit einer offenen und toleranten Gesellschaft. In ein Land mit weitestgehender Freiheit und in ein Land mit vielen Möglichkeiten.

Und der frühere Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) hat es bereits 1972 wie folgt formuliert: „Deutsche, Ihr könnt stolz sein auf Euer Land.“

Wir können uns eine Zuwanderung in Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe nicht leisten. Wir können nicht das Weltsozialamt spielen.

Es muss auch gesagt werden dürfen, dass Zuwanderung aus anderen Kulturkreisen problematisch ist. Ich darf aus einem offenen Brief von Ralph Giordano an den Bundespräsidenten zitieren: „Sehr geehrter Herr Bundespräsident, "Das Christentum gehört zweifelsfrei zu Deutschland, das Judentum gehört zweifelsfrei zu Deutschland, das ist unsere christlich-jüdische Geschichte, aber der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland".

Dieser Satz in Ihrer Rede vom 3. Oktober anlässlich des 20. Gedenktags der Wiedervereinigung offenbart in seiner Pauschalität eine so verstörende Unkenntnis der Wirklichkeit und verfrühte Harmonisierung grundverschiedener Systeme, dass es einem die Sprache verschlagen will.

Ich maße mir nicht an, Ihnen Nachhilfeunterricht in Geschichte erteilen zu wollen, aber hier wird eine blauäugige Gleichsetzung des real existierenden Islam mit einem EU-konformen Wunsch-Islam so sichtbar, dass energischer Widerspruch eingelegt werden muss. Denn der politische und militante Islam ist nicht integrierbar, aber auch der "allgemeine" jenseits davon ist noch problematisch genug.

Ist er doch bisher auf die Frage, ob er vereinbar sei mit Meinungsvielfalt, Gleichstellung der Frau, Pluralismus, Trennung von Staat und Religion, kurz, mit Demokratie, jede überzeugende Antwort schuldig geblieben.“

Meine Damen und Herren, liebe Delegierte, wir können unsere Bevölkerungsprobleme nur selbst lösen oder wir lösen sie nicht. Deshalb ist es zunächst dringend geboten

1. Das große Potential älterer Menschen wesentlich besser zu nutzen.
2. Ausreisewilligen und gut ausgebildeten Menschen, also Immigranten das Leben in Deutschland schmackhaft zu machen.
3. Den jungen Menschen eine gute Ausbildung zu ermöglichen.

Dieser Lösungsansatz ist zweifelsohne der bessere Weg.

Bei Migration und Integration ist entscheidend, dass elementare Werte unserer Gesellschaft von Minderheiten nicht in Frage gestellt werden. Es ist aber genauso wichtig, dass die deutsche Gesellschaft aus falsch verstandener Toleranz diese Werte nicht selbst in Frage stellt.

Der Richter am Bundesverfassungsgericht, di Fabio, hat das wie folgt formuliert: „Die Toleranz endet dort, wo sie der Intoleranz den Weg ebnet.“

Es ist dringend geboten, die offensichtlichen Konflikte zu lösen und nicht weiterhin zu zerreden oder unter den Tisch zu kehren. Für uns ist es entscheidend, dass wir in unserer Gesellschaft miteinander leben und nicht nebeneinander leben. Wir wollen keine Parallelgesellschaften.

Deshalb erwarten wir konkrete politische Entscheidungen. Ich weise in diesem Zusammenhang auf unsere Recklinghäuser Erklärung hin, die wir morgen verabschieden werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Delegierte, nun findet in den letzten Jahren, regelmäßig zur Sommerzeit eine Diskussion über die Rente statt. Diese Diskussion wird nur unterbrochen in den Jahren, in denen Bundestagswahl ist, also so im Jahre 2009. Langsam habe ich den Eindruck, dass System dahinter steckt und dann wird es gefährlich.

Die Rentner wollen keine Sonderstellung, aber sie wollen sozial gerecht behandelt werden. Also nicht nach dem Motto von Ulla Schmidt, der ehemaligen SPD-Gesundheitsministerin, die es wie folgt gesagt hat: „Diese Generation hat Verzicht gelernt, und es wird ihr leichter fallen, wieder zu verzichten.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, so geht es nicht.

In diesem Zusammenhang regt uns Ältere der ständige Hinweis auf, dass es noch nie eine ältere Generation gegeben hat, der es so gut geht, wie der heutigen. Das ist richtig. Aber es hat auch noch nie eine mittlere Generation gegeben, der es so gut geht, wie der heutigen. Und es hat auch noch nie eine junge Generation gegeben, der es so gut geht, wie der heutigen.

Wir können die Probleme der Alterssicherung nur in Solidarität lösen und Solidarität ist keine Einbahnstraße.

Vielleicht muss in diesem Zusammenhang auch einmal daran erinnert werden, dass die Renten systemwidrig belastet sind. Einmal mit dem Riester-Faktor, der bedeutet, dass die Rentner für die nachfolgende Generation von Rentnern zahlt. Durch das Krankengeld von 0,9 Prozent, obwohl Rentner keinen Anspruch auf Krankengeld haben. Und nicht zuletzt

durch den Nachhaltigkeitsfaktor, der die Renten negativ belastet, weil die nachfolgende Generation nicht genügend Kinder hat.

Wir müssen dringend das Rentensystem ändern und dabei nicht auf Kapital, sondern auf Solidarität bauen. Die Senioren-Union fordert schon seit Jahren, zur Grundlage eines neuen Rentensystems, das Modell der katholischen Sozialverbände zu nehmen, das sowohl juristisch als auch finanziell umsetzbar ist.

Im Jahre 1979 hatte in Neheim-Hüsten ein Seminar der Junge Union Westfalen-Lippe stattgefunden. Dieses Seminar wurde geleitet von dem jetzigen Bundestagspräsidenten, Herrn Prof. Dr. Norbert Lammert. Der Hauptreferent war Pater Prof. Dr. Oswald von Nell-Breuning. Nach Ende dieses Seminars hat der jetzige Bundestagspräsident festgestellt: „Es ist dringend geboten, unabhängig von der sofortigen Zustimmung der Bevölkerung, das Rentensystem dringend zu ändern, weil es ansonsten zusammenbrechen wird.“

Meine Damen und Herren, das war im Jahre 1979. Es sind mehr als drei Jahrzehnte vergangen, ohne dass etwas geschehen ist.

Nun gibt es ein interessantes Urteil des Bundesverfassungsgerichtes in Sachen Hartz IV. Dieses Urteil hat die Politik gezwungen, ein neues Hartz-IV-Gesetz vorzulegen. Ich darf zitieren aus der Westfalen-Post, Ausgabe 21. September 2010: „Bisher richtet sich ihre Höhe nach der Rentenentwicklung, was die Verfassungsrichter als sachfremd gerügt haben. Der Rentenanstieg wird schließlich durch einen Dämpfungsfaktor gesteuert, der das Zahlenverhältnis von Erwerbstätigen und Rentnern spiegelt. Mit der Situation von Hartz-IV-Empfängern hat das nichts zu tun. Deren Bezüge sollten sich deshalb vom nächsten Jahr an zu 70 Prozent nach der Preis- und zu 30 Prozent nach der Lohnentwicklung richten.“

Dieses Urteil bringt mich zu dem Urteil, dass das Rentensystem nicht nur wegen des demografischen Wandels überdacht werden muss. Im Übrigen muss darauf hingewiesen werden, dass es sich bei Hartz IV um eine Lohnersatzregelung handelt, die jetzt aber von

den Löhnen abgekoppelt wird. Das ist in meinen Augen eine ungleiche Behandlung zwischen Hartz-IV-Empfängern, den Rentnern und auch den jetzigen Arbeitnehmern.

Ich werde anregen, dass der Bundesvorstand der Senioren-Union ein juristisches Gutachten einholt, ob eine Klage auf der Grundlage dieser Regelung gegen das jetzige Rentensystem möglich ist.

Das würde im Übrigen die Politik dazu zwingen, das seit dreißig Jahren bekannte Problem zu lösen.

In diesem Zusammenhang hat mich eine Äußerung des höchsten katholischen deutschen Würdenträgers, Vorsitzender der deutschen katholischen Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zollitsch zu den Hartz-IV-Beträgen irritiert. Nach Medienberichten hat Erzbischof Zollitsch gesagt, dass die Hartz-IV-Beträge dringend erhöht werden müssen, auch auf die Gefahr hin, dass wir neue Schulden machen.

Meine Damen und Herren, wir geben Geld aus, das wir nicht haben. Wir machen Schulden. Und wer Schulden macht, unverantwortlich, läuft Gefahr Diebstahl an der Zukunft der jungen Generation zu begehen.

Meine Damen und Herren, liebe Delegierte, neben der Alterssicherung werden wir auch die Weichen beim Thema Gesundheit anders stellen müssen. Wenn wir in Zukunft den wirklich Kranken helfen wollen, dann im Vordergrund unserer Gesundheitspolitik die Eigenverantwortung und die Prävention stehen. Vielleicht darf ich es sehr provozierend vortragen, weil dadurch deutlich wird, um welches Problem es sich handelt:

Wer raucht, wie ein Schlot, wer säuft wie ein Loch, wer frisst, wie ein Scheunendrescher, wer sich bewegt, wie ein Faultier, der ist im höchsten Maße unsolidarisch und darf vielleicht noch auf christliche Nächstenliebe hoffen.

Wenn 80 Prozent aller Erkrankungen auf falscher Ernährung, zu wenig Bewegung, Nikotin und Alkohol zurückgeführt werden können, dann gilt es hier anzusetzen und zwar präventiv und mit Eigenverantwortung.

Ziel muss es sein, die Gesundheit zu fördern und nicht die Krankheit zu finanzieren. Und in diesem Sinne ist auch die jetzige Gesundheitsreform, wie alle Vorgänger, keine Reform.

Abschließend muss ich noch auf Überlegungen eingehen dürfen, die zunehmend in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Dabei möchte ich fast wörtlich aus einem Artikel der großen Tageszeitung DIE WELT zitieren. Verfasser dieses Artikels ist Matthias Kamann und die Überschrift lautet: Ethos des Nachlassens. In diesem Artikel heißt es: „Die Gesamtgesellschaft wird in der Zukunft nicht mehr bereit sein, die Krankheiten älterer Menschen so zu bewerten, wie die Krankheiten junger Menschen. Wahrscheinlich sind die alten Siechen überhaupt nicht krank, sondern nur alt, zu alt. Und deshalb ist ein Mentalitätswandel dringend geboten mit den Prinzipien lindern, pflegen, gehen lassen.“

Zunächst einmal muss hinterfragt werden dürfen, ob ältere Menschen in der Tat häufiger krank sind. Es gibt eine Untersuchung des Max-Planck-Institutes Rostock. Und zwar wurden etwa 50.000 der AOK zur Grundlage dieser Untersuchung genommen. Und dabei stellte sich heraus, dass der so gut klingende Dreisatz: immer älter – immer kränker – immer teurer, zumindest für die Kosten im Krankenhauswesen falsch ist. Die mit Abstand höchsten Kosten in Krankenhäusern entstehen bei allen Menschen, unabhängig vom Alter in den letzten beiden Lebensjahren und bei den Frauen in den mittleren Jahren.

Nun sind die Kosten im Krankenhauswesen fast so hoch wie die Kosten der Arzthonorare und Medikamente zusammen. Deshalb scheint es doch geboten, auch hier einmal nachzuforschen, ob nicht die Ursachen anderweitig zu suchen sind.

Aber mir scheint noch wichtiger zu sein, dem sogenannten Mentalitätswandel nachzugehen. Ich halte es für unwahrscheinlich gefährliche Überlegungen, die angestellt worden

sind. Für uns kann nur gelten, dass der Wert des menschlichen Lebens immer gleich ist, unabhängig vom Alter. Dieser ethische Grundsatz muss Maßstab unserer Politik sein.

Gestatten Sie mir noch eine kurze Bemerkung zum Leben am Anfang des Menschen. Am Anfang des Menschen entscheidet der Mensch schon, ob ein Mensch leben darf oder nicht. Wir haben in diesem Bereich schon einen Mentalitätswandel vollzogen. Wir haben uns weitestgehend mit dem Problem Abtreibung abgefunden.

Liebe Freunde und Mitglieder der Senioren-Union, es kann nicht unsere Aufgabe sein, freundlich gegenüber der CDU zu sein. Übrigens sind wir ein Teil der CDU. Es ist unsere Aufgabe, hilfreich zu sein aufgrund unserer Erfahrungen. Die Partei muss belebt werden. Parteimitglieder müssen motiviert werden, sonst kann man sie nicht mobilisieren. Wir haben eine große Chance, politisch zu gestalten. Aber wir sind auch in Verantwortung. Nicht zuletzt entscheiden wir, die Älteren, jede Wahl und so entscheiden wir auch über die Zukunft der Gesellschaft und über die Zukunft unserer Enkel.

Wir dürfen dieser Verantwortung nicht ausweichen. Es wäre schlimm, wenn wir versagten.

U N I O N D E R G E N E R A T I O N E N

Gut für *jung* & *alt*

Herausgeber:

Senioren-Union-Bundesgeschäftsstelle | Konrad-Adenauer-Haus | Klingelhöferstraße 810785 Berlin | Telefon: 030 22070-445 | Telefax: 030 22070-449 | www.senioren-union.de | E-Mail: seniorenunion@cdu.de